Auswärtiges Amt will Beratung zu Religionsfragen neu aufstellen

29. Januar 2021



Berlin (KNA) Ein halbes Jahr nach einem vorläufig verhängten Stopp der externen Beratung zu Religionsfragen will das Auswärtige Amt diesen Bereich neu aufstellen. Man sei dabei, „die Struktur des Arbeitsbereichs anzupassen und zukunftsfähig auszurichten“, war am Donnerstag aus dem Ministerium zu hören. Dieser Prozess sei aber noch nicht abgeschlossen.

Konkret geht es um die Arbeit des Referats „Religion und Außenpolitik“, das in der Vergangenheit Religionsvertreter als externe Berater auf Vertragsbasis beschäftigt hatte. Nachdem im vergangenen Sommer drei neue Vertreter berufen worden waren, hatte das Auswärtige Amt angesichts massiver Kritik an einer Personalie Ende Juli bekanntgegeben, die Beratung vorerst ruhen zu lassen. Dieser Schritt war von vielen Seiten bedauert worden, unter anderem von den Kirchen.

Kritik hatte zuvor die Berufung der stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Muslime in Deutschland (ZMD), Nurhan Soykan, hervorgerufen. Ihr war unter anderem vorgeworfen worden, sich nicht ausreichend von Antisemitismus und Islamismus zu distanzieren. Soykan selbst wies die Vorwürfe wenig später zurück.

Das Ministerium kündigte damals einen breit angelegten Konsultationsprozess an. Dabei sei

mit Kritikern und Partnern besprochen worden, „welche Erwartungen an ein solches Projekt im Auswärtigen Amt gerichtet werden und wie diese berücksichtigt werden können“, hieß es nun. Man habe auch aus der Zusammenarbeit mit dem weltgrößten Religionsbündnis „Religions for Peace“ zahlreiche Anregungen aufgenommen.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Till Mansmann, der zuletzt mit seiner Fraktion Fragen zu den Beratern an das Ministerium gerichtet hatte, kündigte an, weiterhin einen „kritischen Blick auf diesen laufenden Prozess“ zu richten. Man werde darauf achten, wer künftig „in dieser sensiblen Struktur“ Einfluss erhalte. Das Auswärtige Amt hatte auf die Fragen unter anderem von Überlegungen berichtet, den Beraterkreis auf „eine breitere Grundlage zu stellen“.

Ziel der Arbeit des Bereichs „Religion und Außenpolitik“ ist es laut Auswärtigem Amt, Religionsgemeinschaften und ihren möglichen Einfluss auf Gesellschaft und Politik besser zu verstehen. Auch soll das konstruktive Friedenspotenzial der Gemeinschaften mithilfe eines globalen Netzwerks von Religionsvertretern gestärkt werden. Andere europäische Staaten verfolgen ähnliche Ansätze in ihrer Außenpolitik.

© KNA

Beitragsbild: Chickenonline via Pixabay

Stand: 13. November 2026